



POLITIKMAGAZIN

Frauen · Bildung · Kultur · Gesundheit

Immer noch Baustellen

Politische Bildung und Demokratie-Lernen in den Schulen der Länder



Demokratie

FRAUEN & POLITIK

Sachsen vor der Wahl:
CDU blockierte modernes
Gleichstellungsgesetz (S. 8)

BILDUNG & POLITIK

Digitale Lernformen: YouTube
als Bildungs- und Kulturort
immer wichtiger (S. 15)

KULTUR & POLITIK

Studie: Beeinflusst
gegenderte Sprache das
Verständnis? (S. 30)



Politische Bildung: ein „Schulfach zweiter Klasse“

HANNES REINHARDT

zwd Berlin. In Zeiten, in denen sich die Welt im Wandel befindet, müssen Schüler*innen in die Lage versetzt werden, eine demokratische Identität zu entwickeln. In ihrer Suche nach Antworten auf Rechtsextremismus und zunehmende Gewalt ebenso wie auf Klimawandel und Digitalisierung muss die Schule ihnen eine pädagogische Leitplanke bieten – durch Demokratiebildung. Doch das Thema fristet, wie Studien zeigen, im Schulalltag ein Schattendasein. Politik, Gewerkschaften und Gesellschaft sind herausgefordert.

Die Ende des vergangenen Jahres vorgestellten Ergebnisse einer Befragung des Berliner Instituts für Gesellschaftsforschung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung unter mehr als 1.200 Lehrkräften zeigen eine durchaus bedenkliche Situation an den deutschen Schulen auf. Demnach ist die Demokratiebildung für nahezu alle Lehrkräfte (96 Prozent) nur von mittlerer Bedeutung. Zwar gaben fast drei Viertel von ihnen an, selbst einen demokratischen Umgang mit ihren Schüler*innen zu pflegen und eine Orientierung an Werten wie Respekt, Fairness und Gleichbehandlung zu vermitteln. Unterrichtsformate, die Demokratiebildung stützen, wie etwa die Teilnahme an Schüler*innenparlamenten, Projektwochen mit Fragen zu Demokratieentwicklung oder ein „Demokratietag“ werden jedoch nur von 1,3 Prozent der Lehrkräfte umfassend eingesetzt. Weniger als zehn Prozent von ihnen gaben zudem an, dass ihre Schüler*innen mit solchen Formaten der Demokratiebildung in den letzten zwölf Monaten Erfahrungen machen konnten.

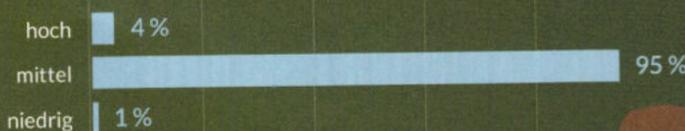
Dazu kommt, dass sich nur rund die Hälfte der Befragten von ihren Schüler*innen in diesem Zeitraum ein systematisches Feedback eingeholt hat, in dem die Schüler*innen auch Kritik am Unterricht üben durften. „Die Möglichkeiten für Schüler*innen, sich im Schulalltag demokratisch zu beteiligen, sind noch ausbaufähig“, heißt es dementsprechend in der Bertelsmann-Studie „Demokratiebildung in Schulen“.

Weiterbildung der Lehrkräfte spielt zu geringe Rolle

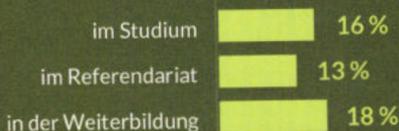
Als mögliche Ursache nennt sie, dass entsprechende Inhalte bei Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte kaum eine Rolle spielen: So haben sich lediglich 16 Prozent der Befragten im Lehramtsstudium mit politischer Bildung und Demokratievermittlung intensiv auseinandergesetzt. Im Referendariat sinkt der Wert auf 13 Prozent und in der Weiterbildung ist das Thema nur für 18 Prozent von hoher Relevanz. „Hier sind die Länder gefragt, um entsprechende Qualifizierungsangebote auszubauen. Aber auch zivilgesellschaftliche Akteure könnten durch Projekte und Programme einen Beitrag leisten“, sagte Brigitte Mohn vom Vorstand der Bertelsmann-Stiftung.

Das im März veröffentlichte „Ranking Politische Bildung 2018“ von Prof. Reinhold Hedtke (Foto Seite 17 oben links) und Mahir Gökbudak von der Universität Bielefeld zeigt, dass Politische Bildung in den Schulen deutlich schwächer vertreten ist als beispielsweise Geschichte und Geografie. Sie dokumentiert jedoch auch erneut erhebliche Unterschiede im Ländervergleich. So sehen Bayern, Thüringen und Berlin wie auch beim Ranking des Vorjahres im Stundendeputat die geringste Zeit für Politische Bildung vor, Schleswig-Holstein und Hessen stehen erneut an vorderster Position. „Für die Mehrheit der Landesregierungen ist Politische Bildung anscheinend ein Schulfach zweiter Klasse“, re-

Nur 4 % der Lehrkräfte geben an, dass Demokratiebildung einen hohen Stellenwert im Schulalltag hat.



Grund: Nur wenige beschäftigen sich damit intensiv in der Lehrerbildung.



Deswegen: Demokratiebildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften stärken!





Sabine Achour & Susanne Wagner
„Wer hat, dem wird gegeben.“
 UNTERSUCHUNG ZUR POLITISCHEN BILDUNG AN SCHULEN
 — ZUSAMMENFASSUNG WESENTLICHER ERKENNTNISSE



Quelle: polsoz.fu-berlin.de

sümierte Prof. Hedtke. Bei einer Anhörung des Bildungsausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags, bei der ein Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen zur Erhöhung der Demokratiebildung im Unterricht behandelt wurde, wies er auf den Verfassungsrang politischer Bildung in NRW hin.

Politische Bildung: „Schulfach zweiter Klasse“?

Dass für ökonomische Themen wesentlich mehr Lernzeit zur Verfügung stehe als für politische Themen sei angesichts dessen ein „erstaunlicher und befremdlicher Befund“. Die Regierungsparteien von CDU und FDP hätten im Gegensatz zu ihrer praktizierten Politik in ihren Wahlprogrammen noch die Stärkung der politischen Bildung versprochen. Hintergrund des Oppositionsantrags war die Entscheidung der Landesregierung, das Fach „Politik/Wirtschaft“ stärker ökonomisch auszurichten und fortan als „Wirtschaft-Politik“ in die Lehrpläne aufzunehmen (siehe auch unsere Länderübersicht auf Seite 19).

Neben den Unterschieden zwischen den Ländern hängt der Umfang von Politik- und Demokratiethematen im Unterricht auch von der Schulform ab, wie Prof. in Sabine Achour (Foto oben rechts) und Susanne Wagner in ihrer Studie „Wer hat, dem wird gegeben.“ (Juni 2019) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung feststellten. Dafür wurden knapp 3.400 Schüler*innen an 99 Schulen in den Klassen 9-13 verschiedener Schulformen (Gymnasien, sonstige allgemeinbildende Schulen, berufliche Gymnasien und Berufs- und Berufsfachschulen) befragt. So sei die Politik- und Demokratiebildung zwar ein zentraler Auftrag von Schule. Den Ergebnissen zufolge profitieren jedoch vor allem Schüler*innen an den Gymnasien, welche häufiger aus bildungsnahen Elternhäusern kommen und über ein höheres kulturelles sowie oft auch soziales Kapital verfügen, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ von den hochwertigeren Angeboten der politischen Bildung. Kulturell benachteiligten Schüler*innen biete das System Schule hingegen keinen gleichberechtigten Zugang. Diese ungleichen Teilhabemöglichkeiten an politischer Bildung spiegelten sich auch in den politischen Einstellungen der Schüler*innen wider. So zeigten sich Jugendliche, die kein Gymnasium besuchen, deutlich kritischer beispielsweise gegenüber Flüchtlingen sowie Menschen muslimischen oder jüdischen Glaubens. „Gerade hier sollten daher die hochwertigen Angebote politischer Bildung zum Tragen kommen“, schreiben die Autorinnen.

Der Kultusministerkonferenz (KMK) ist die Problematik des stiefmütterlichen Daseins politischer Bildung im Schulunterricht derweil durchaus bekannt. Sie hatte im Oktober 2018, wenige Wochen vor der Vorstellung der erwähnten Bertelsmann-Studie, überarbeitete Empfehlungen („Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und

Erziehung in der Schule“ und „Menschenrechtsbildung in der Schule“) zur Stärkung der entsprechenden Lerninhalte veröffentlicht. Damit will die KMK „veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und aktuellen politischen Herausforderungen“ Rechnung tragen. „Wir sehen es als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe an, Lehrkräfte in ihrem Bemühen zur Demokratiebildung, der Erziehung zu Menschenrechten und im Eintreten für Toleranz, Respekt und Mitmenschlichkeit im Sinne des Grundgesetzes zu unterstützen“, hatte der damalige KMK-Präsident Helmut Holter (Linke) seinerzeit erklärt. Demokratie brauche überzeugte und engagierte Demokrat*innen. „Daraus leitet sich ein konkreter Bildungsauftrag für die Schulen ab.“ Demokratiebildung war auch der Schwerpunkt seiner einjährigen Amtszeit gewesen.

„GermanDream“: Werbebotschafter*innen begeistern für demokratische Werte

Die Jubiläen 100 Jahre Weimarer Verfassung, 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre friedliche Revolution in der DDR erinnerten daran, dass Kinder und Jugendliche ein Wertesystem benötigten, an dem sie sich orientieren könnten, betonte Holter.

Hier setzt die am 4. Juni offiziell gestartete überparteiliche Initiative „GermanDream“ an. Mithilfe prominenter „Werbebotschafter*innen“ will sie mit Jugendlichen an rund 1.000 Schulen in den direkten Austausch treten, um die Werte des Grundgesetzes erlebbar zu machen. Zu ihnen gehören neben Politiker*innen auch Prominente aus Medien und Gesellschaft, die jungen Menschen anhand ihrer eigenen Biografien zeigen wollen, dass sich das Eintreten für demokratische Werte lohnt. Zudem sollen die Schüler*innen durch die populären



Stellten die Initiative „GermanDream“ im Haus der Commerzbank neben dem Brandenburger Tor vor: Cem Özdemir (MdB, Grüne), FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg, Gründerin Düzen Tekkal, die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil (v.l.n.r.).

Botschafter*innen ermutigt werden, im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik ihren eigenen Weg zu gehen und ihren persönlichen Träumen zu folgen. Bereits seit dem vergangenen Jahr konnten Menschen in den sozialen Netzwerken unter „#GermanDream“ ihre positiven Erfahrungen in einem als offen und tolerant erlebten Deutschland teilen. „Der GermanDream richtet sich an alle Einwohner Deutschlands, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Geschlecht“, betonte die Initiatorin Güzen Tekkal.

Das Thema Demokratiebildung und -erziehung im Unterricht hat auch die Bildungsgewerkschaft GEW in den Fokus gerückt und sich im März dieses Jahres mit einem Forderungskatalog für eine Stärkung der entsprechenden Inhalte in den Lehrplänen an die Öffentlichkeit gewandt.

„Hofgeismarer Erklärung“: GEW gibt Antwort auf „Fehlentwicklung“ bei politischer Bildung

Die GEW stützte sich dabei auf die von fast 100 Expert*innen aus Wissenschaft und Bildung im Oktober vergangenen Jahres erarbeitete „Hofgeismarer Erklärung“ – „als eine Antwort auf die festgestellte Fehlentwicklung bei der politischen Erziehung“ mit dem Ziel „Demokratie lernen und leben“. Strukturelle Defizite wie die in den Ländern höchst unterschiedliche Behandlung des Unterrichtsfaches Politik hätten eine Marginalisierung des politischen Unterrichts in der Schule bewirkt, erklärte die GEW. So schwankt nach eigenen Berechnungen der Gewerkschaft die Zahl der Unterrichtsstunden beispielsweise an Gymnasien zwischen

4,4 Prozent in Hessen bis zu lediglich 0,5 Prozent in Bayern. Zudem müsse Demokratieerziehung aufgrund des mangelnden Angebots an Fachkräften sehr häufig fachfremd unterrichtet werden und werde somit oft nicht in angemessenen Rahmen vermittelt, kritisierte GEW-Chefin Marlis Tepe. Laut der Hofgeismarer Erklärung muss unter anderem in die Ausbildung im Lehramtsstudium investiert werden, der Mangel an Fachlehrer*innen getilgt sowie die Stundenanzahl für politische Bildung an Schulen in allen Bundesländern erhöht werden, um diese Fach in der schulischen Realität zu verankern. Ziel müsse es sein, ein Bildungsangebot zu schaffen, durch das Schüler*innen auf einer fachlich fundierten Basis mit entsprechend qualifizierten Lehrkräften grundsätzliche und aktuelle Fragen diskutieren können. „Gerade zu Zeiten von Fake News und Informationsbeschaffung im Internet ist es besonders wichtig, Schülern gute politische Bildung und Hintergründe zu liefern“, betonte Bernd Overwien, Professor für Didaktik der politischen Bildung an der Universität Kassel und Mitautor der Hofgeismarer Erklärung (siehe auch unser Interview ab Seite 22). Mitte Juni nahm die Bildungsgewerkschaft das Thema im Rahmen eines Pressegesprächs erneut auf.

Erstmals eigene Demokratie-Abteilung im BMFSFJ

Adressat all der Forderungen ist neben den Ländern auch das Bundesjugendministerium (BMFSFJ). Dort gibt man an, sich der Wichtigkeit des Themas bewusst zu sein: „Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, wir müssen jeden Tag neu dafür sorgen, dass sie gestärkt wird und erhalten bleibt“, erklärte Ministerin Franziska Giffey (SPD).

So gibt es seit Februar 2019 erstmals in der Geschichte des Ressorts eine eigene Abteilung für „Demokratie und Engagement“. Bislang war die Zuständigkeit in einer anderen Abteilung mitverortet, eine Entscheidung von Giffey Vorgängerin Manuela Schwesig (SPD). Die neue eigene Abteilung sei das klare Bekenntnis für die wachsende Bedeutung dieser Aufgabe, betonte Giffey. „Wir stärken damit auch dauerhaft denen den Rücken, die sich vor Ort für Demokratie und ein friedliches Miteinander einsetzen und zeigen: Demokratieförderung ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe.“ Schwerpunkt der neuen Abteilung ist das Bundesprogramm „Demokratie leben“, das seit 2015 das zivilgesellschaftliche Engagement für unsere Demokratie und gegen jede Form des Extremismus unterstützt. Bundesweit werden mehr als 600 Projekte durch das Programm gefördert. 115,5 Millionen Euro stehen in diesem Jahr 16 Landesdemokratiezentren und 260 Partnerschaften für Demokratie dafür zur Verfügung. Im vergangenen Jahr hatte Giffey entschieden, das Programm zu entfristen und es damit über das Jahr 2019 hinaus fortzuführen. In diesem Jahr soll darüber hinaus die Deutsche Engagementstiftung (DES) gegründet werden. Sie soll in sechs Handlungsfeldern u.a. die Themen Nachwuchsgewinnung, digitale Befähigung von Fach- und Führungskräften, Koordination von Kooperationsverbänden und Erfahrungstransfer bearbeiten. ■

Volkshochschulen: Seit 100 Jahren Orte gelebter Demokratie

Auch in der Erwachsenenbildung spielt die Vermittlung von demokratischen Werten eine große Rolle. So lautet das Credo der Volkshochschulen, demokratisches Bewusstsein zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. 100 Jahre nach der Gründung der ersten Volkshochschulen gedachte der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) am 14. Februar mit einem Festakt dieser Verpflichtung. Vor rund 600 Gästen aus Politik, Bildung und Zivilgesellschaft, die der DVV in die Frankfurter Paulskirche als die „Wiege der deutschen Demokratie“ geladen hatte, stellten sich die Volkshochschulen und ihre Verbände auch der Frage nach den aktuellen Herausforderungen in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Disparitäten und demokratiegefährdender Orientierungen. Festredner war der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Andreas Voßkuhle. DVV-Präsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte anschließend die Bedeutung der Volkshochschulen für die Integration betont: „Menschen mit unterschiedlichen und auch gegensätzlichen Interessen, Werten und Haltungen können sich dort über wichtige gesellschaftliche Entwicklungen auseinandersetzen, Kompromisse aushandeln und Lösungen für unser Zusammenleben finden.“

Solche Strukturen seien für eine lebendige Demokratie unabdingbar. Anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens wollen die Volkshochschulen ein besonderes Zeichen für eine lebendige und starke Demokratie setzen: Unter dem Motto „zusammenleben. zusammenhalten“ veranstalten sie am 20. September 2019 die bundesweit erste Lange Nacht der Volkshochschulen. (zwd/hr)



Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD), DVV-Vorstandsvorsitzender Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD), DVV-Präsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und Bundesverfassungsgerichts-Präsident Prof. Andreas Voßkuhle (v.l.n.r.).

Solche Strukturen seien für eine lebendige Demokratie unabdingbar. Anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens wollen die Volkshochschulen ein besonderes Zeichen für eine lebendige und starke Demokratie setzen: Unter dem Motto „zusammenleben. zusammenhalten“ veranstalten sie am 20. September 2019 die bundesweit erste Lange Nacht der Volkshochschulen. (zwd/hr)

Demokratiebildung: Was tut sich in den Ländern?



Sachsen: Im März 2016 verabschiedete die schwarz-rote Staatsregierung das „Maßnahme-Paket für ein starkes Sachsen“, in dessen Rahmen auch die politische Bildung sowie die Demokratie gestärkt werden sollten. Dazu wurde u.a. an den Oberschulen das Modul „Umgang mit Wahrnehmung und Wahr-

heit“ eingeführt, das von Lehrer*innen gemeinsam mit Richter*innen und Staatsanwält*innen im Unterricht umgesetzt wird. Zum Schuljahr 2018/19 folgte u.a. das Modul „Wehrhafte Demokratie“. Auf der Grundlage eines Eckpunkte-papiers vom Dezember 2018, welches u.a. die Empfehlungen der KMK zum Thema aufnimmt, wurden zudem die Lehrpläne mit dem Ziel der Stärkung des Bereichs politische Bildung überarbeitet. Wie das Kultusministerium dem *zwd* mitteilte, werden diese ab dem kommenden Schuljahr an den allgemeinbildenden Schulen zum Tragen kommen.



Brandenburg: Die Schulen sind verpflichtet, Demokratiebildung als übergreifendes Thema in ihrem schulinternen Curriculum zu verankern. Der Fachplan zur Politischen Bildung sei zum Schuljahr 2017/18 neu erstellt worden, erklärte das Bildungsministerium auf Anfrage des *zwd*. Beispiele für Programme, in deren

Rahmen die Schüler*innen darüber hinaus die Möglichkeit erhalten, durch selbstbestimmte Mitwirkung in schulischen, lokalen und globalen Kontexten die Wirksamkeit des eigenen Handelns zu erfahren, sind die Juniorwahl, die von vielen Schulen in Brandenburg vorbereitet wird, oder das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.



Thüringen: Die Stärkung der Demokratiebildung bildet einen Schwerpunkt der im Juni verabschiedeten Schulgesetznovelle (der *zwd* berichtete). Mit nur einer Wochenstunde Sozialkunde im Lehrplan ist Thüringen zurzeit bundesweit Schlusslicht bei der politischen Bildung. Zudem hat die rot-rot-grüne Landesregierung im

Frühjahr eine „Landesstrategie zur Mitbestimmung junger Menschen“ verabschiedet. Damit werden die vielfältigen Ansätze, Methoden und Angebote auf kommunaler und auf Landesebene zu einer Gesamtstrategie des Freistaates zusammengefasst, wie das Bildungsministerium dem *zwd* mitteilte. Minister Helmut Holter (Linke) betonte, neben dem authentischen Lernen, wie beispielsweise an Erinnerungsorten, sei auch das eigene Erleben von Demokratie wichtig: „Ich will, dass Kinder und Jugendliche früh lernen, wie Mitbestimmung funktioniert.“



Niedersachsen: Im September 2018 hatte die niedersächsische SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema „Wehrhafte Demokratie in einer wachsenden Gesellschaft stärken“ (Drs. 18/1577) beantragt. Hintergrund waren die seinerzeit stattfindenden Ausschreitungen von Rechtsextremisten nach einem vermeintlichen Tötungsdelikt durch einen Asylbewerber in Chemnitz. „Unsere freiheitliche demokratische und offene Gesellschaft hat Gegner, denen es heute und in Zukunft die Stirn zu bieten gilt. Also stehen wir als Abgeordnete, als Demokraten auf und zeigen hier deutlich: Wir sind mehr!“, sagte die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder im Plenum. Ihre Amtskollegin von den Grünen, Anja Piel, wies in ihrer Rede darauf hin, dass es wehrhafte Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft nicht zum Nulltarif gebe. „Wir brauchen in unseren Haushaltsberatungen auch einen guten Blick darauf, welche Strukturen wir sichern, um weiter dafür zu sorgen, dass politische Bildung stattfinden kann“, betonte sie.



Nordrhein-Westfalen: Im Dezember 2018 haben die Fraktionen von SPD und Grünen einen gemeinsamen Antrag (Drs. 17/4441) in den Landtag eingebracht, um der Demokratieförderung einen besonders hohen Stellenwert in der Schulbildung zukommen zu lassen. Bislang variierte die Umsetzung der entsprechenden

Unterrichtsinhalte in den Gesellschaftswissenschaften in NRW in Abhängigkeit der Schulform. „Dass der Besuch der Schulform über den Grad der Demokratiebildung entscheidet und unsere Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Kompetenzstufen in Bezug auf die eigene Urteilsfähigkeit ausstattet, ist inakzeptabel“, heißt es unter dem Titel „Mehr Demokratie wagen – Stärkung der Demokratiekompetenz in der Schule als Garant für eine demokratische Gesellschaft“. Darin wenden sich die beiden Oppositionsfraktionen gegen den Entwurf des Kernlehrplans für die Sekundarstufe I von Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP), mit dem das Fach Wirtschaft-Politik inhaltlich stärker auf ökonomische Themen ausgerichtet werden soll. Damit verbundene Änderungen in den Stundentafeln gingen zulasten der Politik- und Demokratiebildung. „Wir haben in Deutschland kein Wirtschaftsproblem. Was wir brauchen, ist mehr Bildung in Demokratiekompetenz und politischer Teilhabe“, mahnte der schulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jochen Ott. Nach Ansicht der Grünen-Sprecherin Sigrid Beer verpasst Gebauer mit der Fachveränderung die Chance, im Zuge der Rückkehr zu G9 dem Trend sich verbreitender menschenfeindlicher Tiraden, Antisemitismus und NS-Parolen mit zusätzlicher Lernzeit für Demokratiebildung entgegenzuwirken.



Schleswig-Holstein: Nachdem die Landesregierung bereits das Jahr 2019 zum „Jahr der politischen Bildung“ ausgerufen hatte, wurde sie vom Landtag im September vergangenen Jahres aufgefordert, ein Konzept zur nachhaltigen Demokratiebildung und verstärkten politischen Bildung an Schulen zu erstellen.

Den entsprechenden, einstimmig angenommenen Antrag (Drs. 19/966) hatten alle Fraktionen mit Ausnahme der der AfD gemeinsam eingebracht. Ziel müsse es demzufolge sein, die Kooperation mit politischen Akteur*innen und regionalen Vereinen und Verbänden sowie die Beteiligung der Schüler*innen an schulischen Entscheidungsprozessen zu intensivieren. Darüber hinaus solle die kritische und historische Aufarbeitung der schleswig-holsteinischen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten und der Erinnerungskultur wichtiger Bestandteil des Konzepts zur Demokratiebildung an Schulen sein. „Demokratische Werte müssen frühzeitig erfahrbar und erlebbar gemacht werden“, betonte der Sprecher für politische Bildung der SPD-Landtagsfraktion, Tobias von Pein.



Rheinland-Pfalz: Im Dezember vergangenen Jahres nahm der Landtag einen Antrag der Regierungsfaktionen SPD, Grünen und FDP (Drs. 17/7919) an. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, den Ausbau der Demokratiebildung bereits ab den Kindertagesstätten über die Grundschulen bis hin zu weiterführenden

Schulen weiter zu fördern. Zudem solle der Etat für Demokratieerziehung, Gewalt- und Extremismusprävention sowie die politisch-historische Bildung ausgebaut bzw. verstetigt werden. Auch das die politische Bildung enthaltende Schulfach Sozialkunde solle ausgeweitet und gestärkt werden.

zusammengestellt von Hannes Reinhardt

Unser Debatten-Thema: „Demokratie in der Schule – aber wie?“

zwd Berlin (no). Demokratie-Lernen soll ein Grundprinzip an den Schulen aller Bundesländern sein. Das ist der Wille aller Kultusminister. Schulkonferenzen, Klassenräte und Schülervertretungen sind wichtige Bausteine auf diesem Weg, sind jedoch nur wenigen Schüler*innen vorbehalten. Schule als Mikrokosmos der Gesellschaft muss jedoch ein Interesse daran haben, Demokratie – vom Grundschulalter an – für alle erfahrbar zu machen. Das bedeutet mitdenken, nachdenken, überdenken und mitgestalten, kurz Partizipation für alle – unser Debatten-Thema.

Prof. 'in Dr. Silvia-Iris Beutel

„Demokratie lernt man in der Verbindung von Lernen und Engagement in unserer Demokratie – sicher aber nicht alleine durch Belehrung.“

Foto: David Weyand



Demokratie lernen, wie geht das in der Schule? In erster Linie durch Tun und Mitmachen, durch demokratisches Handeln. Demokratie lernt man in der Verbindung von Lernen und Engagement in unserer Demokratie – sicher aber nicht alleine durch Belehrung. Lernen und Engagement verbinden sich in der Erfahrung eigener Wirksamkeit (Autonomie – ich bin es, der etwas tut), eigenen Handelns (Kompetenz – ich kann es selbst) und sozialer Anerkennung in der Schule. Denn die Schule ist nicht primär eine demokratische Institution, wohl aber eine Institution unserer Demokratie: Sie sollte deshalb ein solches Erfahrungslernen und Engagement fördern und in Projekten systematisch ermöglichen. Schüler*innen können in erreichbaren Ernst-Situationen – beispielsweise in einem kommunalpolitischen Projekt, in einer Gedenkstättenarbeit, in einer aktuellen und kontroversen politischen Auseinandersetzung, in einer kommunalen sozialen Einrichtung oder ähnlichen thematisch Ergebnisse sichernden Projekt-Arrangements - lernen und handeln. Ein in der Schule zudem weit gefasster demokratiepädagogischer Rahmen stärkt solches Lernen. Der zeigt sich in einer

lebendigen, anerkannten und von der Schule unterstützten Schülervertretung, im guten Lernklima, in transparenter und verstehbarer Benotung und Zeugnissen sowie in der Beteiligung an unterrichtlichen Entscheidungen sowie einem beziehungsstärkenden Umgangston zwischen Lehrenden und Schüler*innenschaft.

Institut für Allgemeine Didaktik und Schulpädagogik an der Technischen Universität Dortmund

Ulf Daude

„Warum sollte nicht ein Votum der Schüler*innen über eine Online-Abstimmung vorab eingeholt werden?“

Foto: privat



Richtig: Demokratie muss erlebt und erlernt werden. Dies muss aber bereits im Elternhaus beginnen und sich dann in Kita, Schule, Ausbildung, Betrieben und Hochschulen fortsetzen. Wichtig ist dabei die obige Reihenfolge: Erst erleben und dann erlernen! Wenn Kinder von klein auf erleben, dass ihre eigene Meinung ernst genommen wird, verschiedene Interessen

berücksichtigt und Entscheidungen nach Abwägung aller Meinungen getroffen werden, dann macht es für sie auch Sinn, die Hintergründe und Mechanismen zu erlernen, wie Politik bei uns funktioniert und gemacht wird. Eine frühe Beteiligung ist gar nicht so schwer: Was macht die Familie am Wochenende? Wohin geht der Kita-Ausflug oder die Klassenfahrt? Welches ist der geeignete Tagesrhythmus? Wer wird die neue Lehrkraft? Welche Schwerpunkte werden inhaltlich oder im Haushalt gesetzt und wie soll sich die Einrichtung entwickeln? Es ist die Aufgabe von uns Erwachsenen und Mitarbeiter*innen, die Themen passend darzustellen und die Diskussionen zu ermöglichen. Gerade die Digitalisierung bietet hierzu viele neue Möglichkeiten: Warum sollte z.B. die nächste Schulkonferenz nicht vorab im Schulforum diskutiert werden können oder Gestaltung der Ausbildung(-sschwerpunkte) im Betrieb für das nächste Jahr? Oder ein Votum der Schüler*innen über eine Online-Abstimmung vorab eingeholt werden? Die Entscheidungen bleiben bei den zuständigen Gremien...werden am Ende aber sicher besser!

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD

Erika Takano-Forck

„Schüler*innen fühlen sich durch die tradierte ‚Einbahnstraßen-Kommunikation‘ – von der Schulleitung über Lehrkräfte zur Schüler*in – entmündigt und entmutigt“

Seit Jahrzehnten fordert der Bundeselternrat, die Mitwirkung der Schüler*innen sowie anderer Beteiligten an Schule zu verbessern – zunächst in den Beratungs- und Beteiligungsgremien, später auch im Projektunterricht oder im Klassenrat und in der unabhängigen Evaluation in paritätischer Besetzung mit Pädagogen und Eltern oder Sorge-



berechtigten. Mit diesen Forderungen geht einher, dass zu einer Mitwirkung auch die dazu befähigenden Kompetenzen und Orientierungswissen wie auch der Vertrauensaufbau durch eine gelebte Feedbackkultur gehört. Letztere dient gleichzeitig der Unterrichtsentwicklung: durch Feedback erfährt die Lehrkraft, wie ihre Lernangebote den unterschiedlichen Schüler*innen-Lernbedürfnissen gerecht werden. Allzu oft erleben wir noch, dass sich die Schüler*innen durch die tradierte „Einbahnstraßen-Kommunikation“ – von der Schulleitung über Lehrkräfte zur Schüler*in – entmündigt und entmutigt fühlen, ihre Bedürfnisse an Schule zu formulieren. Es ist nicht verwunderlich, dass solch eine Prägung später im Erwachsenen-Dasein das Gefühl der politischen Machtlosigkeit befeuert. Dabei gibt es bereits Schulen, die ganze Methodenkoffer mit kurzen, praktikablen Feedback-Methoden bereithalten. Der Bundeselternrat begreift Demokratiebildung neben dem Wissenserwerb als eine ganzheitliche Ausbildung der Fähigkeiten, die zu einem besseren Zusammenleben – aber auch zur Autonomie des Einzelnen führt.

Stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrates

Foto: privat

Usamah Hammoud

„Ein durchdachtes didaktisches Konzept – lebloser kann Demokratie nicht sein und mit Demokratie hat das recht wenig zu tun.“



Demos, das Volk, kratos die Herrschaft. Die altgriechische Übersetzung findet sich in so manchem Lehrbuch wieder und noch viel öfter im Geschichtsunterricht deutscher Schulen, wenn sich unsere Schülerinnen und Schüler – gemeinsam mit den Frontallehrenden – der politischen Theorie antiker griechischer Polisdemokratie widmen. Die Schülerinnen und Schüler werden in einem durchdachten didaktischen Konzept mit dem Wesen der Demokratietheorie konfrontiert und sollen dabei im stetigen Bewusstsein der historischen Bedeutung und dem Anspruch der kritischen Reflexion zum Demokratietheoretiker erzogen werden. Lebloser kann Demokratie nicht sein und mit Demokratie hat das recht wenig zu tun. Zumal sich die deutsche Lehrmethodik darauf stützt, dass Lehrer durch Kontrolle und Steuerung Unterricht gestalten und lenken. Harte Worte? Vielleicht. In vielen deutschen Schulgesetzen werden den Schülerinnen und Schülern Beteiligungsrechte eingeräumt. Etwa in parlamentarischen Anhörungsverfahren, in den Schulgremien, aber auch im Unterricht. Ein guter Ansatz und dennoch verliert

Demokratie jedweden Kampf, denn es drohe ein Machtverlust derer, die „herrschen“. Demokratie beginnt nicht mit Eintritt in die Volljährigkeit oder als Erstwähler an einer Wahlurne. Demokratie muss von klein auf gelebt werden und es gibt viele schöne Beispiele, allen voran Klassenräte und Schülerparlamente. Wir brauchen Demokratiepädagogik in der Lehrerausbildung, Demokratieerlebnisse wie Urwahlen an Schulen und vor allem echte (!) Mitbestimmung im Unterricht und in der Gesetzgebung, auch auf Bundesebene. Die Politik sollte ihre Haltung grundsätzlich überdenken: Wenn sie Schüler wirklich ernst nehmen will, dann bedeutet das eine grundsätzliche Einbindung in die Entscheidungsprozesse. Wir sollten – wie Willy Brandt bereits 1969 forderte – mehr Demokratie wagen. Und zwar schnell.

Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz und Landesschülersprecher des Saarlandes

Birgit Koch

„Angesichts von Rechtsruck und gesellschaftspolitischer Herausforderungen muss die Erziehung zur Mündigkeit und zu demokratischen Werten wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.“



Schule muss mehr leisten als die Vermittlung von Lesen, Schreiben, Rechnen. Am Beispiel des Hessischen Schulgesetzes lässt sich aufzeigen, welche hohe Bedeutung der Gesetzgeber der Aufgabe der Demokratieerziehung einst zugemessen hat: Schule solle dazu befähigen „staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und sowohl durch individuelles Handeln

als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beizutragen“. Doch die Realität an den hessischen Schulen wird diesem hohen Anspruch leider allzu oft nicht gerecht: Ausgerechnet in „Politik und Wirtschaft“, dem Leitfach der politischen Bildung, wird mehr fachfremder Unterricht erteilt als in anderen Fächern. An vielen Schulformen ist die vorgesehene Stundenzahl viel zu gering. Auch in den anderen Bundesländern führte die politische Bildung über lange Zeit ein Schattendasein. Angesichts des Rechtsrucks in unserer Gesellschaft, angesichts ständig in die Welt gesendeter „Fake-News“ und angesichts gesellschaftspolitischer Herausforderungen wie dem Klimawandel ist eine profunde politische Bildung mehr von Nöten denn je. Die Erziehung zur Mündigkeit, die Erziehung zu demokratischen Werten muss wieder in den Mittelpunkt des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule gerückt werden!

Vorsitzende des Landesverbandes Hessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Michael Blanck

„Eltern sehen klare Defizite in einer unzureichenden Berücksichtigung im Lehrplan und fehlendem Gestaltungsfreiraum für Lehrkräfte.“

Wir erleben gesellschaftliche Veränderungen, politische Verschiebungen und extremistische Auswüchse. Schule als Spiegelbild der Gesellschaft trifft dies natürlich auch. Als Reaktion hierauf hat die Politik wiederholt die Forderung an die Schulen gerichtet, für mehr Demokratieerziehung zu sorgen. Allerdings zeigen die Befunde aus der von unserem Bundesverband VBE in Auftrag gegebenen forsa-Studie zum Thema Werteerziehung deutlich: Zwar sind Eltern wie auch Lehrkräften das Thema Werteerziehung und eine Orientierung an den gesetzlich verankerten Bildungs- und Erziehungszielen sehr wichtig. Aber sie sehen klare Defizite bei der Umsetzung dieser Ziele. Gründe für ein Nicht-Erreichen einzelner Bildungs- und Erziehungsziele sehen Eltern wie auch Lehrkräfte vor allem in einer unzureichenden Berücksichtigung im Lehrplan und fehlendem Gestaltungsfreiraum für Lehrkräfte. Was wir also brauchen, sind nicht nur Forderungen und Lippenbekenntnisse der Politik, sondern die Schaffung der notwendigen Bedingungen durch sie. Stuhlkreise, Abstimmungen im Klassenverband und die Implementierung demokratischer Strukturen in Lerngruppen, Jahrgangsstufen und Schulen sind aufwändig, aber lohnend. Damit Werte also erlebt und gelebt werden können, braucht es weniger starre Strukturen und stattdessen mehr Flexibilität und vor allem mehr Zeit.



Vorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) Mecklenburg-Vorpommern

zwd-GESPRÄCH: PROF. BERND OVERWIEN

Von einer Drittelparität – Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen – sind die meisten Schulgremien noch weit entfernt



Prof. Dr. Bernd Overwien

ist Erziehungs- und Politikwissenschaftler. Er arbeitet seit 2008 an der Universität Kassel und leitet dort das Fachgebiet Didaktik der politischen Bildung.

Neben den Kernthemen der politischen Bildung forscht er zu internationalen Fragen globalen Lernens, zur Erziehung für nachhaltige Entwicklung und zur Kooperation von schulischer und außerschulischer Bildung.

zwd-POLITIKMAGAZIN: Herr Professor Overwien, am 15. März 2019, dem ersten globalen Protesttag der Bewegung „Fridays for future“, demonstrierten allein in Deutschland 300.000 junge Menschen, fast ausschließlich Schülerinnen und Schüler, für den Klimaschutz. Sind diese Streiks gegen die (deutsche) Klimapolitik eine vorübergehende Euphorie oder Zeichen eines neu erwachten Interesses der Jugendlichen an gesellschaftspolitischen Themen und somit demokratiebildend?

Prof. Bernd Overwien: Die Streiks und Demonstrationen der Schülerinnen und Schüler kommen nicht aus dem Nichts. Seit den neunziger Jahren ist aus wissenschaftlichen Untersuchungen bekannt, dass Kinder und Jugendliche Umweltveränderungen mit Sorge und Ängsten wahrnehmen. In den Shell-Jugendstudien von 2002-2015 ist die Sorge hinsichtlich der Umweltverschmutzungen bei 60 Prozent der jungen Menschen konstant hoch. Der Klimawandel, der in der Studie von 2015 erstmal thematisiert wurde, löst bei 55 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen Ängste aus, 76 Prozent halten ihn für ein großes oder sehr großes Problem. Die World Vision Kinderstudie, die mit kinderspezifischen Methoden 6-11-Jährige befragt, sieht ebenfalls Umweltängste bei 62 Prozent der Jungen und Mädchen. Viele Jugendliche, auch das ergeben die Jugendstudien, versuchen mit eigenen Verhaltensänderungen auf die Klimaproblematik zu reagieren. Eine neuere Untersuchung des BMU zeigt, dass junge Menschen zu 83 Prozent das Verbraucherverhalten als ursächlich sehen, 86 Prozent sehen aber die Handlungsmacht beim Staat. Die „Fridays for Future“-Demonstrationen haben also einen Hintergrund in den Sorgen und Ängsten junger Menschen. Offenbar bedurfte es einer Person wie Greta Thunberg, vielleicht als eine Art Katalysator, um diese Haltungen, verbunden mit Forderungen, auf die Straße zu bringen. Dass größere Teile der Jugend sich über diese Fragen verstärkt politisieren und mit demokratischen Mitteln arbeiten, ist sicher sehr positiv zu sehen, gerade in Zeiten, in denen am rechten Rand einfache Lösungen propagiert werden, die zum Teil durch brutale Gewalt unterlegt sind und für eine ganz andere Art von Politisierung ste-

hen. Wie dauerhaft der demokratiebildende Effekt der neuen Umweltbewegung ist, hängt sicher auch damit zusammen, wie die Bewegung auch konkrete Veränderungen in der politischen Szene bewirkt.

? 2009 hat die Kultusministerkonferenz in ihrem Beschluss die Erziehung zur Demokratie als schulische Aufgabe erklärt. In der erneuerten Fassung des Beschlusses von 2018 heißt es „Schule kann und soll sich als Ort erweisen, an dem Demokratie als dynamische und ständige Gestaltungsaufgabe [...] reflektiert und gelebt wird.“ Wie muss eine Schule aussehen, in der Demokratie gelebt werden kann?

Es ist ja allgemein bekannt, dass Schule zunächst auch eine hierarchische Organisation ist, in der durch Noten auch gesellschaftliche Positionen mit vergeben werden. Das ist eine Seite von Schule, die allerdings bei guten pädagogischen Konzepten und einer Orientierung auf Chancengleichheit und Förderung ihren Schrecken verliert. Wünschenswert wäre es, dass sich die KMK verstärkt für bessere Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte einsetzen würde, damit diese Seite der Schule mehr Platz für Entwicklung hat. Zu einer demokratischen Schule gehört also eine Förderung derjenigen im Kern dazu, die von zu Hause nicht die besten Bedingungen mitbringen. Gleichzeitig ist in der Institution Schule sehr viel Partizipation möglich. Die Schülervertretung, soweit sie von der jeweiligen Schule ernst genommen wird, kann viel bewirken. In einigen Bundesländern gibt es Konzepte der Ausbildung von Schülervertretern und -vertreterinnen, damit diese besser in der Lage sind, sich einzusetzen. Hier ist noch viel Verbesserungsbedarf. Allerdings kommt es natürlich auch auf den realen Einfluss der Vertretungen an. Der kann einerseits von Schulleitungen und Kollegien gegeben werden, andererseits ist aber auch eine Institutionalisierung ein wichtiges Zeichen. So gibt es in den wichtigsten Gremien der Schulen im Bundesland Berlin eine Drittelparität von Lehrern, Eltern und Schülern. Andere Bundesländer sind davon weit entfernt. In den einzelnen Klassen kann der Klassenrat eine wichtige Funktion haben. Dabei kann es um aktuelle Probleme gehen, aber auch um gestalterische



Politische Bildung mit Gefühl
Herausgeber: Anja Besand, Bernd Overwien, Peter Zorn
© Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2019
ISBN 978-3-7425-0299-5,
436 Seiten

„[...]Es geht um das Phänomen der >Wutbürger< oder um die These, Populismus und Extremismus würden Affekte adressieren und die Rationalität demokratischer Prozesse untergraben.[...] Der Band nimmt eine Bestandsaufnahme der Fachdebatte über die Bedeutung der Emotionen in der politischen Bildung vor und will deren Weiterentwicklung anstoßen.[...]“

Fragen der gesamten Schule. Die regelmäßig erhobenen Zahlen des LBS-Kinderbarometers 2018 zeigen, dass Schülerinnen und Schüler ein großes Interesse daran haben, bei schulischen Dingen mitzubestimmen. Immerhin 37 Prozent ist es sehr wichtig und wichtig, auch bei der Setzung von Unterrichtsthemen mitzusprechen. Immerhin 29 Prozent finden dies noch mittelmäßig wichtig. Natürlich ist Demokratie in der Schule nicht ein Modell für die ganze Gesellschaft, um hier ein besseres Verständnis zu ermöglichen, bedarf es auch eines guten Politikunterrichts. Eine reale Partizipation in der Schule, die überdies ja auch von der UN-Kinderrechtskonvention gefordert wird, trägt zu einem demokratischen Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler bei.

? *Die Realität sieht anders aus. Noch steht sich die Institution Schule selbst im Weg. Ihre jetzige Struktur und Organisation ist für das Demokratie-Lernen eher hemmend als förderlich. Welche Schritte sind notwendig, um aus einer hierarchisch strukturierten Schule eine partizipatorisch strukturierte zu entwickeln?*

Es mag ja etwas zäh daherkommen, wenn ich hier die Ressourcen nenne. Gleichzeitig ist es aber so, dass andere Länder erheblich mehr Mittel zur Verfügung stellen, damit Klassenfrequenzen von etwa 18 Schülern (Schweiz) möglich sind. Auch zusätzliche Stellen für Inklusion sind anderswo eher erreichbar, als dies bei uns der Fall ist. Demokratie in der Schule braucht eben auch zeitliche Räume und Lehrkräfte, die hier auch organisational in der Lage sind, sich in diesem Sinne zu engagieren. Wenn dies auch unter schlechten Bedingungen viele Lehrkräfte dennoch schaffen, geschieht dies leider oft auf Kosten der eigenen gesundheitlichen Ressourcen, wie etwa die Potsdamer Lehrerstudie schon vor Jahren gezeigt hat. Um noch einen Hinweis auf die Rahmenbedingungen nicht zu vergessen: Auch die räumlichen Voraussetzungen sind in vielen Schulen sehr schlecht. Bekanntlich sagt ja auch der Zustand der Räume etwas über den Stellenwert aus, der der Institution seitens der Politik gegeben wird. Gleichzeitig ist es ja nicht so, dass wir nicht wüssten, wie demokratische Schule geht. Einerseits gibt es private Gründungen wie die Neue Schule Hamburg, zu deren Konzept eine demokratische Struktur gehört. Schon auf deren Website wird betont, dass Schülerinnen und Schüler Zeit benötigen, um Räume zu erkunden, um zu reden, um Impulse zu finden und um Interessantes zu erforschen. An dieser Schule können Schülerinnen und Schüler sogar Lehrkräfte abwählen, was allerdings in 11 Jahren nur ein einziges Mal geschehen ist.



„Politikunterricht an Beruflichen Schulen findet oft nicht statt, was insofern besonders schmerzhaft ist,...



... weil hier 1,6 Millionen junge Menschen jährlich nicht oder nur unzureichend von politischer Bildung erreicht werden. ...



... Bei vielen von ihnen ist dies die letzte Chance, staatlicherseits hier politische Bildung wirken zu lassen.“

Andererseits gibt es viele Schulen, die in den eng gesetzten Rahmen staatlicher Finanzierung immer wieder Räume öffnen. So die „Gebrüder-Grimm-Schule“, eine Grundschule aus Hamm, die den deutschen Schulpreis erhalten hat. Als sogenannte Brennpunktschule wurden hier mit wenigen Ressourcen Lernumgebungen geschaffen, in denen Schüler in jahrgangsgemischten Gruppen lernen, unter Anwendung weiterer innovativer Methoden. Loben und Wertschätzen spielt eine wichtige Rolle und monatliche Schulversammlungen bringen die Schule zu gemeinsamen Gesprächen zusammen. Es ließen sich weitere Schulen erwähnen, wie etwa die bekannte Helene-Lange-Schule in Wiesbaden oder die Offene-Schule-Waldau in Kassel, beides integrierte Gesamtschulen, die den Status einer hessischen Versuchsschule haben mit etwas mehr Ressourcen und so demokratische Entwicklungen ermöglichen können. Daraus kann man lernen, dass „etwas mehr Ressourcen“ demokratiefördernd gut angelegt sind.

? *Viel zitiert ist die Aussage des Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Michael Greven „Niemand wird als Demokrat geboren“. Menschen müssen also zu Demokraten herangebildet werden. In welchem Alter sollte mit dem Demokratie-Lernen begonnen werden?*

Schon im Sachunterricht der Grundschule werden demokratierelevante Fragen angesprochen, wie die Kinderrechte, Formen des Zusammenlebens in der Gesellschaft oder sogar Fragen des Umgangs mit der Umwelt und einer nachhaltigen Entwicklung. Ein Verständnis demokratischer Gesellschaft kann hier sehr früh gegründet werden. Nach der Grundschule wird es aber wieder sehr viel enger, weil der Politikunterricht später einsetzt und oft nur sehr wenige Stunden umfasst. Die Studie „Sprichst Du Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung hat schon 2011 ergeben, dass junge Menschen zwischen 16 und 19 Jahren sich mehrheitlich einen früheren Politikunterricht gewünscht hätten. Diesem Wunsch wird nicht entsprochen. Eine andere Studie der Zeitschrift Bravo zusammen mit dem Umfrageinstitut YouGov ergab 2017, dass junge Menschen zwischen 14 und 17 Jahren zu 76 Prozent in der Schule über Politik sprechen und sehr viel weniger mit Eltern oder Freunden. Nur eine knappe Mehrheit beurteilt den selbst erfahrenen Politikunterricht allerdings so, dass sie in ihm gelernt hätten, wie Demokratie funktioniert und das politische System aufgebaut ist. Das deutet auf wenig Beschäftigung mit den wichtigen Fragen und leider auch auf schlechte Qualität hin. Das deutet auch auf das weit verbreitete Problem des fachfremden Unterrichts hin.

? *Nach Berechnungen der GEW beträgt in NRW der Anteil politischer Themen 1,3 Prozent vom Gesamtunterricht in der Sekundarstufe I. Laut statischer Übersicht 404 des Schulministeriums des Landes NRW wurden im Schuljahr 2018/19 von allen erteilten Unterrichtsstunden im Fach Politik an Hauptschulen 91,4 Prozent, an Gesamtschulen 57,2 Prozent und an Gymnasien 25,6 Prozent fachfremd erteilt. Nicht nur in NRW ist dieses Missverhältnis zu beobachten. Ein Alarmzeichen für die Fachleute! Diese – Sie waren Mitinitiator – hatten schon im Oktober 2018 mit einer Fachtagung in der Evangelischen Akademie in Hofgeismar reagiert. Wie war die Antwort der Fachleute auf dieses Problem?*

Die Zahlen für NRW bilden sich in ähnlicher Form auch in Hessen ab, wie eine Landtagsanfrage ergab. Es ist davon auszugehen, dass dies in allen Bundesländern ähnlich aussieht. Eine Untersuchung der Kollegin Anja Besand aus Dresden hat ergeben, dass Politikunterricht an Beruflichen Schulen oft nicht stattfindet, was insofern besonders schmerzhaft ist, weil hier 1,6 Millionen junge Menschen jährlich nicht oder nur unzureichend von politischer Bildung erreicht werden. Bei vielen von ihnen ist dies die letzte Chance staatlicherseits hier politische Bildung wirken zu lassen. Wir haben während der Tagung in Hofgeismar mit Lehrkräften, Wissenschaftlern, Journalisten und auch Landespolitikern diskutiert. Am Ende der Diskussionen haben wir die wichtigsten Schritte einer Verbesserung besprochen:

- Politische Bildung muss ab der frühkindlichen Bildung durch demokratische Partizipation der Kinder beginnen. Von der Primarstufe, über die Sekundarstufen, bis hin zur beruflichen Bildung müssen die Fächer der Politischen Bildung durchgehend von fachlich qualifizierten Lehrkräften unterrichtet werden.

- Mit häufig lediglich einer Unterrichtsstunde/Woche ab Klasse 8, die in Haupt- und Realschulen sowie in beruflichen Schulen zwischen 50 und 80 Prozent fachfremd unterrichtet wird, können Schulen ihren demokratischen Bildungsauftrag nicht gerecht werden.



Prof. Dr. Bernd Overwien im Gespräch mit zwd-Chefredakteurin Hilda Lührig-Nockemann

- Politische Bildung muss in allen Schulformen gestärkt werden. Für

die gesellschafts-wissenschaftlichen Fächer (d.h. Politik, Wirtschaft, Recht, Gesellschaft/Sozialkunde/Soziologie, Geschichte, Geographie) müssen insgesamt deutlich mehr Unterrichtsstunden, in der Sekundarstufe I sechs Stunden pro Woche in jedem Schuljahr zur Verfügung stehen.

- Wir fordern Kultusministerien dazu auf, Lehrkräfte, die Universitäten und Studien-seminare mit einem Abschluss der Fächer Sachunterricht, Politik, Sozialkunde, Gesellschaftswissenschaften, Geschichte und Geographie verlassen, genauso vorrangig in den Schulen einzustellen, wie dies in den letzten Jahren für andere Fächer z.B. im MINT-Bereich galt.

- Die Studienzeiten für die Lehramtsstudiengänge der Grund-, Haupt- und Realschule sind in allen Bundesländern auf das Niveau von Masterstudiengängen für das Lehramt an Gymnasien (10 Semester) anzuleichen.

? *Zum Abschluss: In welchem Verhältnis muss beim Demokratie-Lernen Fachwissen über Demokratie zu Demokratie-Leben stehen?*

Im Unterricht insgesamt geht es um Kompetenzen, um das also, was Menschen am Ende wissen und können. Fachwissen gehört also als Orientierungswissen zum Demokratie-Lernen dazu. Ich bin sehr der Meinung, dass Learning by doing ein wichtiger Teil menschlichen Lernens ist. Es reicht aber nicht aus. Ohne fundierte Kenntnisse demokratischer Möglichkeiten und Strukturen und auch über Grenzen und Gefahren entsteht eher Hilflosigkeit, wenn es dann zu Konflikten kommt. Insofern steht Wissen auch ganz oben auf der Skala der Wichtigkeit. Es gibt allerdings ein reichhaltiges Methodenrepertoire politischer Bildung, um damit den Wissenserwerb zu erleichtern und auch dem Vorurteil zu begegnen, politische Bildung sei etwas zu Trockenes. Dazu allerdings bedarf es der gut ausgebildeten Fachleute. Die sollten dann auch in der Lage sein, mit außerschulischen Bildungsakteuren zu kooperieren. So arbeitet die Berliner Fritz-Karsen-Schule im Bundesprogramm „Respect Coaches“ mit einem außerschulischen Träger zusammen. Hier werden vielfältige Aktivitäten der Demokratiebildung umgesetzt, was einzelne Lehrkräfte sicher überfordern würde. Derartige Kooperationen sollten den künftigen Lehrkräften schon in der Ausbildung nahegebracht werden. ■

Interview: Hilda Lührig-Nockemann